

Resolution

Die Betriebsrätinnen und Betriebsräte der Mitgliedsbetriebe der Sozialwirtschaft Österreich erwarten sich von den laufenden Kollektivvertragsverhandlungen faire Lohn- und Gehaltserhöhungen, eine Arbeitszeitverkürzung und Verbesserungen in der Bezahlung für Pflegeberufe.

Es ist dringend an der Zeit, neben einer realen Erhöhung der Einkommen auch die Normalarbeitszeit in der Branche auf 35 Stunden zu verkürzen und der Realität anzupassen. Die Beschäftigten brauchen mehr Zeit zur Erholung und Regeneration. Daher ist neben einem vollen Lohnausgleich auch ein voller Personalausgleich sehr wichtig. Durch die Verkürzung der Vollzeit könnte Arbeit umverteilt werden. Teilzeitbeschäftigte, die länger arbeiten wollen, könnten ihre Arbeitszeit aufstocken.

Es kann nicht sein, dass die Kolleginnen und Kollegen in den Berufen des Gesundheits- und Krankenpflegegesetz und den damit verbundenen Sozialbetreuungsberufen (GuKGneu) immer neue Tätigkeiten und mehr Verantwortung übernehmen müssen, ohne dass sich das in ihrer Bezahlung niederschlägt! Was für die Beschäftigten im öffentlichen Bereich in vielen Bundesländern bereits Wirklichkeit ist, muss auch im privaten Bereich gelten.

Wir erwarten uns daher eine entsprechende Wertschätzung unserer Arbeit durch einen gerechten und nachhaltigen Lohn- und Gehaltsabschluss und werden uns dafür mit allen zu Gebote stehenden Maßnahmen einzusetzen wissen.

Bei der Durchsetzung unserer Anliegen sind wir uns der breiten solidarischen Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung über Branchengrenzen hinaus gewiss.

Mit Nachdruck fordern wir daher von den Arbeitgebern:

- **Einen nachhaltigen Lohn- und Gehaltsabschluss, der unsere Arbeit wertschätzt!**
- **Eine Arbeitszeitverkürzung, die sich nicht wie bisher zu Lasten der ArbeitnehmerInnen auswirkt!**
- **Eine bessere Bezahlung für KollegInnen in einem Pflegeberuf!**

Die BetriebsrätInnen-Konferenz beschließt, die Einberufung von Betriebsversammlungen zur Information der KollegInnen.

Die BetriebsrätInnen-Konferenz ersucht die GPA-djp und vida, alle notwendigen Beschlüsse in den Gewerkschaften und beim ÖGB für die Streikfreigabe zu erwirken, sollte es bei der nächsten Verhandlungsrunde am 25. Jänner keinen Abschluss geben.